



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2017/0459

**Veranlasser / Verursacher:**  
DIE LINKE.

**Datum:** 11.04.2017

**Aktenzeichen:**

## Antrag

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Fassung vom 31.03.2017 betr. Aussetzung der Abschiebung von afghanischen Asylbewerbern**

### Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Soziales	02.05.2017		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	08.05.2017		öffentlich
Kreistag	11.05.2017		öffentlich

### Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel fordert die Hess. Landesregierung auf, die Abschiebung von afghanischen Asylbewerbern nach Afghanistan auszusetzen.
2. Der Kreistag des Landkreises Kassel fordert die Bundesregierung auf, die Sicherheitslage Afghanistans erneut als unsicher zu bewerten und damit die Abschiebung afghanischer Asylbewerber zu verhindern.
3. Der Landkreis Kassel wird auch weiterhin für alle Asylbewerber unabhängig von möglichen Abschiebungen Sprach- und Integrations-kurse organisieren und anbieten. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Arbeitserprobung eingerichtet, ggf. in schon vorhandenen Einrichtungen (AGIL). Die Vermittlung von Wohnungen für Asyl-bewerber wird uneingeschränkt fortgesetzt.
4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit der Stadt Kassel Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die personellen und organisatorischen Engpässe bei der Ausländerbehörde abzubauen.

### Begründung:

Wie bereits in anderen Bundesländern entschieden, muss Afghanistan aufgrund der innenpolitischen Lage als unsicheres Herkunftsland gewertet werden. Abgeschobene Flüchtlinge geraten

dort in menschenunwürdige Verhältnisse und müssen um Leib und Leben fürchten. Der erfolgreichen Integrationspolitik im Landkreis Kassel wird mit Abschiebungen nach Afghanistan massiv entgegengewirkt.

Gegenwärtig werden afghanischen Asylsuchenden sogar die Teilnahme an den Integrations- und Sprachkursen des BAMF wegen angeblich fehlender „Bleibeperspektive“ verwehrt. Damit werden Integrationsmöglichkeiten versäumt. Wartezeiten bleiben unausgefüllt. Die wenigen Praktika und Ausbildungsmöglichkeiten in Betrieben reichen nicht aus, um eine erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Mit einer uneingeschränkten Fortsetzung der Sprach- und Integrationskurse werden Spannungen unter den Asylbewerbern wegen ungleicher Behandlung abgebaut.

Der Bezug von Wohnungen statt Unterbringung in Sammelunterkünften wirkt der Isolation von Asylbewerbern entgegen.

Problematisch sind außerdem die überaus langen Wartezeiten und eine unzulängliche Organisation bei der Ausländerbehörde in Kassel. Die Situation führt beim Personal und den Asylbewerbern unnötig zu Ärger und Frustration. Ungleiche Behandlungen von Antragstellern mit angeblich ungleichen „Bleibe-perspektiven“ sollten verhindert werden.

Dr. Knoche  
Fraktionsvorsitzender

**Anlage/n:**

2017\_0459 Anlage 1

**Anlagenbeschreibung**

**Anlage 1** Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Fassung vom 31.03.2017